

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Kapitel 1 Einleitung und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Gang der Untersuchung	2
Kapitel 2 Aktuelle Rechtslage zur Haftung von Geschäftsleitern insolventer Gesellschaften	5
§ 1 Überblick über die herrschende Meinung	5
A. Herrschende Meinung und Rechtsprechung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote	6
B. Herrschende Meinung und Rechtsprechung zur Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	19
C. Verhältnis der Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz zum Insolvenzanfechtungsrecht	29
§ 2 Wer gerät in die Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz?	31
A. Mitglieder des Vertretungsorgans	32
B. Faktische Organmitglieder	34
C. Gesellschafter/Aufsichtsräte	35
D. Teilnehmerhaftung.....	38
E. Organvertreter ausländischer Gesellschaften.....	38
§ 3 Rechtsvergleich mit Großbritannien und Frankreich	48
A. Rechtslage in Großbritannien – „wrongful trading“	50
B. Vergleich der britischen und deutschen Rechtslage.....	55
C. Rechtslage in Frankreich – „Action en responsabilité pour insuffisance d’actif“	59
D. Vergleich der französischen und deutschen Rechtslage.....	61
E. Fazit	62
Kapitel 3 Schwächen des Konzepts der herrschenden Meinung	65
§ 1 Kritik an Rechtsprechung und herrschender Meinung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote.....	65

A.	Beschränkung der Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote durch die neue Rechtsprechung des BGH.....	66
B.	Zur Anwendbarkeit des Bargeschäftsprivilegs.....	95
C.	Fazit	108
§ 2	Kritik an Rechtsprechung und herrschender Meinung zur Haftung für die Verschleppung der Insolvenz.....	108
A.	Entwicklung der Rechtsprechung und herrschenden Meinung.....	109
B.	Kritik am Konzept der herrschenden Meinung	116
C.	Fazit.....	124
§ 3	Ergebnis der Untersuchung der Schwächen der herrschenden Meinung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz.....	125
Kapitel 4 Zahlungsverbote als Schadensersatzhaftung		127
§ 1	Wille und Intention des historischen Gesetzgebers	127
A.	Entwicklung des Zahlungsverbots nach Insolvenzreife.....	129
B.	Schlüsse aus der Gesetzeshistorie auf die Rechtsfolge der Verletzung der Zahlungsverbote.....	158
§ 2	Ausgestaltung der Schadensersatzhaftung	159
A.	Haftung auf Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15a InsO nach <i>Karsten Schmidt</i>	159
B.	Haftung auf Grundlage der Zahlungsverbote nach <i>Altmeyden/Wilhelm</i>	174
C.	Stellungnahme	178
D.	Fazit.....	199
§ 3	Gesetzgebungsvorschlag.....	199
A.	Änderungen in der InsO.....	199
B.	Änderungen im GmbHG.....	200
C.	Änderungen im HGB.....	200
D.	Änderungen im AktG	201
E.	Änderungen im GenG	201
Kapitel 5 Zusammenfassung der Ergebnisse		203
Literaturverzeichnis		207

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Einleitung und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Gang der Untersuchung	2
Kapitel 2 Aktuelle Rechtslage zur Haftung von Geschäftsleitern insolventer Gesellschaften	5
§ 1 Überblick über die herrschende Meinung	5
A. Herrschende Meinung und Rechtsprechung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote	6
I. Grundlagen	6
II. Tatbestandsmerkmal „Zahlungen“	8
III. Berücksichtigung von Gegenleistungen	9
1. Haftungsausschluss	9
2. Im Rahmen des Tatbestandsmerkmals der Zahlung.....	10
3. Im Rahmen der Sorgfaltsausnahme	11
IV. Exkulpation nach § 64 S. 2 GmbHG, § 130a Abs. 1 S. 2 HGB, § 92 Abs. 2 S. 2 AktG und § 99 S. 2 GenG	11
1. Zahlungen zur Aufrechterhaltung des Betriebs	12
2. Zahlungen bei drohender Pflichtenkollision	13
3. Zahlungen, die auch ein vorläufiger Insolvenzverwalter getätigt hätte	14
V. Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung.....	14
1. Zahlungsunfähigkeit	15
2. Überschuldung	16
VI. Verschulden	17
VII. Anspruchsentstehung	18
VIII. Geltendmachung des Anspruchs	19

B.	Herrschende Meinung und Rechtsprechung zur Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	19
I.	Insolvenzantragspflicht als Schutzgesetz	19
II.	Anspruchsinhalt und -berechtigte	20
1.	Anspruchsinhalt nach dem Urteil des BGH vom 6. September 1994	20
2.	Unterscheidung zwischen Alt- und Neugläubigern als Anspruchsberechtigten.....	21
a)	Gläubiger aus Dauerschuldverhältnissen.....	22
b)	Gesetzliche Neugläubiger	22
3.	Nicht geschützte Personen	24
a)	Inhaber nach Antragsstellung erworbener Ansprüche	24
b)	Gesellschaft und Gesellschafter	25
III.	Verschleppung der Insolvenz.....	25
1.	Dreiwochenfrist.....	25
2.	Einreichung des Insolvenzantrags	27
IV.	Verschulden	27
V.	Geltendmachung des Anspruchs	28
VI.	Strafbarkeit.....	28
C.	Verhältnis der Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz zum Insolvenzanfechtungsrecht	29
I.	Bei unterbleibender Anfechtung der Zahlung.....	30
II.	Bei Anfechtung der Zahlung	30
III.	Fazit	31
§ 2	Wer gerät in die Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz?	31
A.	Mitglieder des Vertretungsorgans	32
I.	Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote.....	32
II.	Haftung für die Verschleppung der Insolvenz.....	32
B.	Faktische Organmitglieder.....	34
C.	Gesellschafter/Aufsichtsräte	35

I.	Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote.....	35
1.	Keine Haftung der Gesellschafter.....	35
2.	Haftung der Aufsichtsratsmitglieder – „Doberlug“-Rechtsprechung.....	35
II.	Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	37
D.	Teilnehmerhaftung.....	38
I.	Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote.....	38
II.	Haftung für die Verschleppung der Insolvenz.....	38
E.	Organvertreter ausländischer Gesellschaften.....	38
I.	Grundlagen der Anwendbarkeit deutschen Insolvenzrechts	39
II.	Zuständigkeit deutscher Gerichte für die Insolvenzverfahrenseröffnung über das Vermögen ausländischer Gesellschaften als Voraussetzung der Anwendbarkeit	40
III.	Anwendbarkeit auf EU-ausländische Gesellschaften – Urteil des EuGH vom 10. Dezember 2015 „Kornhaas“	41
1.	Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote	43
2.	Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	43
3.	Kein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit durch die Anwendung der Zahlungsverbote auf EU-Auslandsgesellschaften	44
4.	Kein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit durch die Anwendung der Insolvenzantragspflicht und Haftung für die Verschleppung der Insolvenz auf EU-Auslandsgesellschaften.....	44
a)	Deutsches Schrifttum	45
b)	Übertragung der „Kornhaas“-Rechtsprechung.....	46
IV.	Anwendbarkeit auf Nicht-EU-Auslandsgesellschaften.....	46
V.	Fazit	48
§ 3	Rechtsvergleich mit Großbritannien und Frankreich	48
A.	Rechtlage in Großbritannien – „wrongful trading“.....	50
I.	Tatbestand.....	50

1.	Insolvenzbedingte Liquidation der Gesellschaft	51
2.	Erkennbarkeit der mangelnden Sanierungsaussichten als haftungsauslösender Zeitpunkt	51
3.	Exkulpation	52
II.	Rechtsfolgen	53
1.	Haftungsumfang.....	53
2.	Keine Außenhaftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern.....	54
III.	Keine Antragspflicht.....	55
B.	Vergleich der britischen und deutschen Rechtslage.....	55
I.	Späteres Einsetzen der Haftung nach britischem Recht.....	55
II.	Keine Außenhaftung nach britischem Recht	56
III.	Weitergehende Funktion des britischen „wrongful trading“	58
C.	Rechtslage in Frankreich – „Action en responsabilité pour insuffisance d’actif“	59
I.	Tatbestand.....	59
II.	Rechtsfolgen	60
1.	Innenhaftung für den verursachten Schaden am Gesellschaftsvermögen	60
2.	Deliktische Außenhaftung für Neugläubigerschäden	61
3.	Keine Strafbarkeit bei Verletzung der Insolvenzantragspflicht	61
D.	Vergleich der französischen und deutschen Rechtslage.....	61
I.	Milderer Haftungsumfang des französischen Rechts.....	61
II.	Unterschiedliche Bedeutung der Insolvenzantragspflicht.....	62
E.	Fazit	62

Kapitel 3 Schwächen des Konzepts der herrschenden Meinung	65
§ 1 Kritik an Rechtsprechung und herrschender Meinung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote.....	65
A. Beschränkung der Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote durch die neue Rechtsprechung des BGH.....	66
I. Urteil des BGH vom 18. November 2014.....	67
1. Urteil	67
2. Folgen und Wirkungen	68
3. Anwendung der BGH-Rechtsprechung auf verschiedene Fallkonstellationen	71
a) Erster Fall: Vertragsschluss vor Insolvenzreife	71
b) Zweiter Fall: Vertragsschluss nach Insolvenzreife.....	74
4. Stellungnahme	74
a) Zu unangemessenen Haftungsfolgen.....	74
b) Zu unkoordinierten Wechselwirkungen mit der Möglichkeit der Insolvenzanfechtung	75
5. Zwischenergebnis	76
II. Urteile des BGH vom 23. Juni 2015 und 8. Dezember 2015	77
1. Urteil des BGH vom 23. Juni 2015.....	77
2. Urteil des BGH vom 8. Dezember 2015	79
3. Folgen und Wirkungen.....	79
4. Kritik aus dem Schrifttum	81
5. Anwendung der BGH Rechtsprechung auf verschiedene Fallkonstellationen	83
a) Erster Fall: Vorleistung eines Altgläubigers	83
aa) Vorleistung eines Altgläubigers vor Insolvenzreife	83
bb) Vorleistung eines Altgläubigers nach Insolvenzreife	84
b) Zweiter Fall: Vorleistung der Gesellschaft an einen Altgläubiger	85

aa)	Vorleistung der Gesellschaft vor Insolvenzreife	85
bb)	Vorleistung der Gesellschaft nach Insolvenzreife	86
c)	Dritter Fall: Leistungsaustausch mit einem Neugläubiger.....	86
6.	Stellungnahme	87
a)	Zur Enthftung des Geschäftsleiters bei Begründung der Haftung der Gesellschaft.....	87
b)	Zum Unmittelbarkeitserfordernis	88
c)	Zur Begründung von neuen Verbindlichkeiten....	89
d)	Zur Einzelbetrachtung jeder Zahlung.....	92
e)	Zum Hinzutreten von Anfechtungsrechten und der Haftung für die Verschleppung der Insolvenz.....	93
III.	Zwischenergebnis.....	94
B.	Zur Anwendbarkeit des Bargeschäftsprivilegs.....	95
I.	Grundsätzliche Übertragbarkeit insolvenzanfechtungsrechtlicher Wertungen?	95
II.	Zur Übertragbarkeit des Bargeschäftsprivilegs im Speziellen.....	97
III.	Verhinderung einer Massebereicherung durch entsprechende Anwendung insolvenzanfechtungsrechtlicher Normen?.....	98
IV.	Stellungnahme	100
1.	Keine generelle Übertragbarkeit der Wertungen des Insolvenzanfechtungsrechts auf die Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote	100
2.	Ungeeignetheit des Bargeschäftsprivilegs	102
a)	Zum Erfordernis des zeitlichen Zusammenhangs zwischen Leistung und Gegenleistung.....	103
b)	Zum Erfordernis der Gleichwertigkeit.....	103
3.	Verhinderung einer Bereicherung der Masse durch vorzugswürdige analoge Anwendung des § 255 BGB	104
4.	Keine Gesamtschuld	105

V.	Zwischenergebnis.....	107
C.	Fazit.....	108
§ 2	Kritik an Rechtsprechung und herrschender Meinung zur Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	108
A.	Entwicklung der Rechtsprechung und herrschenden Meinung.....	109
I.	Urteil des BGH vom 16. Dezember 1958.....	109
II.	Beschluss des BGH vom 20. September 1993	111
III.	Urteil des BGH vom 6. Juni 1994.....	113
IV.	Resonanz in der Literatur	114
B.	Kritik am Konzept der herrschenden Meinung	116
I.	Zum Quotenverminderungsschaden	116
1.	Undurchführbarkeit der Geltendmachung des Quotenverminderungsschadens	117
2.	Gebotenes schadensersatzrechtliches Verständnis der Haftung für die Verschleppung der Insolvenz	119
3.	Ausschluss der Neugläubiger vom Quotenverminderungsschaden	119
II.	Zur Einbeziehung der Neugläubiger in den Schutzbereich der Insolvenzantragspflicht	120
III.	Zur Unklarheit des Verhältnisses zwischen der Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz	122
C.	Fazit.....	124
§ 3	Ergebnis der Untersuchung der Schwächen der herrschenden Meinung zur Haftung für die Verletzung der Zahlungsverbote und die Verschleppung der Insolvenz	125

Kapitel 4 Zahlungsverbote als Schadensersatzhaftung

§ 1	Wille und Intention des historischen Gesetzgebers	127
A.	Entwicklung des Zahlungsverbots nach Insolvenzreife.....	129
I.	Rechtsslage vor 1862.....	129
II.	Preußischer Entwurf zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch.....	131
III.	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1862	133

	1. Schadensersatz als Rechtsfolge	134
	2. Ersatz des Schadens der Gläubigergesamtheit.....	135
IV.	Zwischenergebnis zur Ausgestaltung des Zahlungsverbots bis hin zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch	137
V.	Aktienrechtsnovelle von 1884.....	138
	1. Abschaffung des Schadens als Haftungsvoraussetzung	138
	a) Warum wollte der Gesetzgeber von 1884 Massezuflüsse unberücksichtigt lassen? – Erklärungsversuche.....	139
	aa) Versehen des Gesetzgebers?	140
	bb) Mängel in der Betriebswirtschaftslehre?	140
	cc) Überflüssigkeit des Schadenserfordernisses bei historischem Verständnis der Zahlungsverbote	140
	aaa) Zahlungsverbot erst ab Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft.....	141
	bbb) Konkursantragspflicht der Vorsteher der AG bereits bei Überschuldung der Gesellschaft	142
	b) Fazit.....	145
	2. Innenhaftung auf Ersatz des Schadens der Gläubigergesamtheit	145
VI.	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung von 1892	149
	1. Schaden keine Haftungsvoraussetzung.....	149
	2. Innenhaftung auf Ersatz des Schadens der Gläubigergesamtheit	150
VII.	Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich von 1897.....	151
	1. Bestätigung der schadensunabhängigen Ersatzpflicht für verbotene Zahlungen	152
	2. Innenhaftung auf Ersatz des Schadens der Gläubigergesamtheit	153

VIII.	Zwischenergebnis zur Ausgestaltung des Zahlungsverbots nach der Aktienrechtsnovelle von 1884 und dem GmbHG von 1892.....	154
IX.	Weiterentwicklung der Zahlungsverbote.....	154
	1. Gesetz vom 25. März 1930.....	155
	2. Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien von 1937	156
	a) Dreiwöchige Frist zur Konkursantragsstellung	156
	b) Haftung auf Schadensersatz	156
	3. Aktiengesetz von 1965 und Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung von 1994.....	157
B.	Schlüsse aus der Gesetzeshistorie auf die Rechtsfolge der Verletzung der Zahlungsverbote.....	158
§ 2	Ausgestaltung der Schadensersatzhaftung	159
A.	Haftung auf Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15a InsO nach Karsten Schmidt.....	159
I.	Grundlagen.....	159
II.	Anlehnung des Normverständnisses an § 130a Abs. 2 S. 1 HGB	160
III.	Ausgleich des Gesamtgläubigerschadens als Rechtsfolge.....	162
IV.	Geltendmachung des Anspruchs auf Ersatz des Gesamtschadens	163
V.	Ersatz von Individualschäden – modifizierte Rückkehr zur Rechtsprechung zur Haftung für culpa in contrahendo vor 1994	164
	1. Grundlagen der culpa in contrahendo-Haftung	165
	a) Haftung des Vertreters aus culpa in contrahendo bei wirtschaftlichem Eigeninteresse.....	168
	b) Haftung des Vertreters aus culpa in contrahendo bei Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	171
	2. Repräsentantenhaftung.....	172

B.	Haftung auf Grundlage der Zahlungsverbote nach <i>Altmeyden/Wilhelm</i>	174
I.	Grundlagen	174
II.	Verlustrückgleichanspruch als Rechtsfolge.....	176
III.	Ersatz von Individualschäden über die culpa in contrahendo-Haftung	177
C.	Stellungnahme	178
I.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Konzepte.....	178
II.	Zu § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15a InsO als Haftungsgrundlage.....	179
	1. Konstruktion einer Innenhaftung auf Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB?	179
	2. Mangelnde Schutzgesetzzeigenschaft der Insolvenzantragspflicht.....	181
	a) Historische Betrachtung.....	181
	aa) Keine Außenhaftung	182
	bb) Haftung im Rahmen der Zahlungsverbote als einzige Rechtsfolge der Verletzung der Konkursantragspflicht	184
	b) Insolvenzantragspflicht als dem Schutz der Allgemeinheit dienende Norm.....	188
	c) Fazit.....	189
III.	Vorzug der Haftung auf Grundlage der Zahlungsverbote – Stellungnahme zu Einwänden	189
IV.	Unerwünschte Verkürzung der Zahlungsverbote durch beide Konzepte – Streichung der Insolvenzantragsfrist	193
V.	Schadensersatz als Rechtsfolge.....	195
	1. Enthftungsmöglichkeit bei Haftung auf Schadensersatz.....	195
	2. Berechnung des zu ersetzenden Schadens.....	197
VI.	Ausgleich von Individualschäden nach den Grundsätzen der Haftung für culpa in contrahendo.....	197

D. Fazit.....	199
§ 3 Gesetzgebungsvorschlag	199
A. Änderungen in der InsO	199
B. Änderungen im GmbHG.....	200
C. Änderungen im HGB	200
D. Änderungen im AktG	201
E. Änderungen im GenG.....	201
Kapitel 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	203
Literaturverzeichnis	207